

Aus dem Inhalt:

- S. 3 **Balkes Erpressungsversuch**
- S. 4 **Der Assistent, Strohmann des Ordinarius**
- S. 5 **Wissenschaftsminister Leussink**
- S. 6 **MB-Assistenten gegen neue Fakultätssatzung**

Kurz gemeldet

Mitglieder der „Förderung Neue Linke“ besetzten in Frankfurt das italienische Generalkonsulat. Sie protestierten damit gegen die Inhaftierung von fünf italienischen Freunden in italienischen Gefängnissen. Die Festnahme erfolgte in Zusammenhang mit zwei Bombenanschlägen auf dem Mailänder Hauptbahnhof.

Die Studenten der Wirtschaftswissen-

schaften der Universität Göttingen traten in einen „Aktiven Streik“. Sie wollen damit auf die unmöglichen Studienbedingungen hinweisen. In Betriebswirtschaft kommt dort auf 234 Studenten ein Ordinarius.

Im Wintersemester 1969/70 sind in der Bundesrepublik nur noch vier Fächer ohne Numerus clausus. Es sind die Fächer: Theologie, Philosophie, Archäologie und Landwirtschaft.

In einem Brief an den schleswig-holsteinischen Kultusminister Braun

haben 37 von insgesamt 39 Professoren der Philosophischen Fakultät in Kiel ihre Arbeit an der Fakultät aufgekündigt. Als Grund werden dauernde Störungen der Fakultätsitzungen durch Studenten angegeben. Der Kultusminister bezeichnete das Verhalten der Professoren als „merkwürdig“.

Das gegen Franz Josef Strauß geführte Ermittlungsverfahren ist eingestellt worden. Strauß hatte während des Wahlkampfes APO-Mitglieder als „Tiere“ bezeichnet.

LETZTE MELDUNG

Einstweilige Anordnung abgelehnt

Der II. Senat des Hessischen Verwaltungsgerichts in Kassel hat den von den 67 Professoren gleichzeitig mit der Normenkontrollklage eingereichten Antrag auf einstweilige Anordnung (Untersagung der Praktizierung der beschlossenen Fakultätsreform) abgelehnt.

In der Begründung führt das Gericht aus: „Die letzten Endes also aus dem Verlust ihres bisherigen Übergewichts in den Fakultäten hergeleiteten Besorgnisse der Antragsteller erscheinen indes nicht berechtigt. Zunächst einmal garantiert das Hessische Hochschulgesetz — mag es auch von den überkommenen Fakultäten ausgehen — nicht die Weiterexistenz der Fakultäten in ihrer alten Zusammensetzung, es überläßt ihre personelle Ausgestaltung vielmehr der Hochschulselbstverwaltung. Es könnte im Rahmen des Mitbestimmungsrechts liegen, alle Hochschulangehörigen an der Selbstverwaltung der Hochschule angemessen zu beteiligen... Das individuelle Grundrecht der Freiheit des Forschenden und Lehrenden aus Art. 5 Abs. 3 GG ist unabhängig von der jeweiligen personellen Zusammensetzung der Fakultäten. Der Senat hat daher Zweifel, ob die Annahme der Antragsteller richtig ist, daß schon die Verminderung des Einflusses der Hochschullehrer in den Fakultäten notwendig zur Verletzung des Bundesverfassungsrechts führt... So, wie sich jetzt die Antragsteller weigern, die neuen Satzungsbestimmungen hinzunehmen, würden im Falle des Weiterwirkens der bisherigen Fakultäten die Gruppen der wissenschaftlichen Mitarbeiter, der Studenten und der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter massiven Widerstand leisten... Die von den Antragstellern begehrte einstweilige Anordnung liefe somit dem Zweck, dem sie nach Paragraph 123 VwGO zu dienen hätte, zuwider, da sie einen vorläufigen Rechtsfrieden zwischen den Beteiligten nicht herstellen könnte... Er (der Verwaltungsgerichtshof) ist ferner der Auffassung, daß bei der praktischen Erprobung der neuen Satzungsbestimmung des § 11 a aO Erfahrungen gesammelt werden sollen, die später einmal für die Neuordnung des gesamten deutschen Hochschulwesens von weittragender Bedeutung sein können.“

Abschließend fordert das Gericht die klageführenden Professoren auf, nun die Arbeit in den Satzungskommissionen aufzunehmen.

darmstädter studentenzeitung

27. 11. Nr. 107
DM -,40
Studenten DM-,10
I F 2824 E

Herausgegeben von der Studentenschaft der Technischen Hochschule Darmstadt

Was nützen Verbände

Der schon totgeglaubte Verband Deutscher Studentenschaften hat sich in Hamburg noch einmal von der Bahre stehlen können, offensichtlich aber nur, um entweder wegen der total verfahrenen Finanzsituation doch noch liquidiert zu werden oder der ADS eine zeitlang Mitgliederkonkurrenz zu machen.

Beide Verbände steuern in etwa den Kurs des vds vor der 21. oMV in Köln, mit dem so gut wie nichts erreicht worden ist: keine gerechte Ausbildungsförderung, keine demokratische Hochschulgesetzgebung, keine vernünftige Bildungspolitik. Seine Funktionäre hatten weder Einfluß auf die Ministerien, den Bundestag, die Westdeutsche Rektorenkonferenz, noch auf den Bildungsrat oder gar den Wissenschaftsrat. Nur zu bereitwillig ließen sie sich in den Cocktail-Zirkus der Bonn-Godesberger Lobby integrieren und merkten nicht, daß die Gesprächseinladungen zum Kanzler und in die Ministerien den Politikern nur als Alibi („Wir reden doch mit euch!“) gegenüber der Masse der Studenten dienen sollten. Die Kluft zwischen dem korrumpierten Verbandsvorstand und der Basis war total, nicht von ungefähr findet man die meisten der ehemaligen vds-Funktionäre heute in gehobenen Stellen in Wirtschaft und Politik.

Die Struktur des vds nach Köln hat aber ebenfalls versagt, und das nicht nur, weil der neue Vorstand unfähig war, sich des zur Verfügung stehenden Apparates zu bedienen: die Bundesregierung hat durch die Rückforderung auch bereits ausgegebener Zuschüsse kräftig mitgesägt. Jede Regierung wird einen Studentenverband natürlich nur so lange tolerieren und unterstützen, wie er brav seine Alibifunktion erfüllt. Solche Verbände nutzen den Studenten gar nichts, sie schaden höchstens noch, indem sie die Probleme vom Ort des Entstehens zur Verhandlung in die nächsthöhere Ebene verlagern, wo sie der Kontrolle der Betroffenen entzogen sind. Die wichtigen Probleme stehen im Moment hauptsächlich in den Hochschulen selbst an, allenfalls noch in den einzelnen Landtagen: Prüfungsordnungen, Mitbestimmung, Numerus clausus, Hochschulgesetze und Ordnungsrecht. Und gerade hier sollten die Studenten die Aktivität nicht an irgendwelche fernen Funktionäre delegieren, sondern ihre Sache selbst in die Hand nehmen.

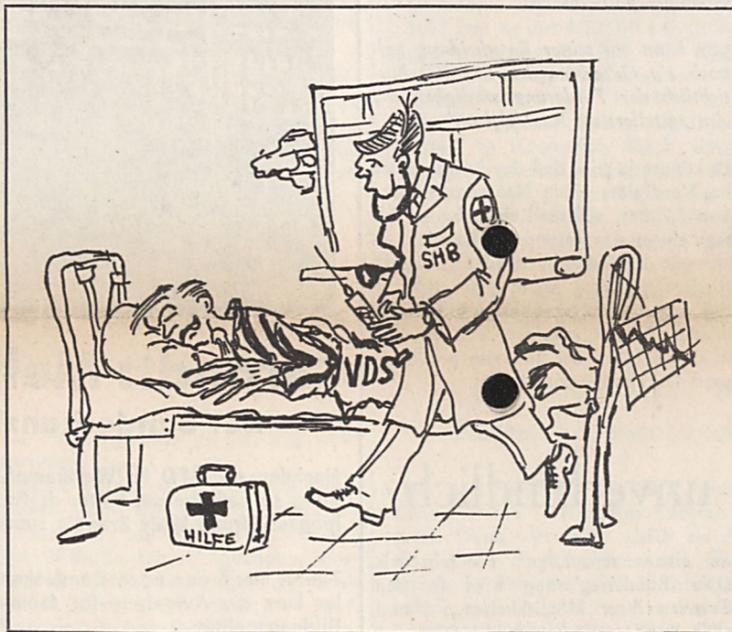
Darmstadt aus vds ausgetreten SHB versucht den Verband zu retten

Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften (vds) in Hamburg, fünfköpfiger Notvorstand soll klären, ob der vds noch auf der nur 27 der 60 Mitgliedhochschulen vertreten lebensfähig ist.

Nachdem der alte vds-Vorstand seinen Rücktritt erklärt und der Versammlung empfohlen hatte, den Verband aufzulösen, erklärte der ASTA Heidelberg seinen Austritt aus dem vds und verließ die Versammlung. Ihm schlossen sich die ASTAs fast aller größeren Hochschulen an (darunter Darmstadt, Uni München, Frankfurt, Hamburg, Berlin, Bonn, Kiel und Mannheim).

Zurück blieben vorwiegend die Vertreter den von SHB-ASTAs regierten Hochschulen mit Freiburg und Aachen an der Spitze, denen es kürzlich gelungen war, die vds-Konten gerichtlich sperren zu lassen, um einen weiteren finanziellen Aderlaß des Verbandes zu verhindern. Diese Gruppe erklärte sich bereit, den vds zu retten. Ein eilig gebildeter Notvorstand, der noch vom Amtsgericht Bonn bestätigt werden muß (die Versammlung war nicht beschlußfähig), soll die Finanzlage des vds klären und untersuchen, ob der Verband noch lebensfähig ist.

Die verbliebenen Vertreter beschlossen weiter (offensichtlich in Hinblick auf die gesperrten Bundesmittel), vom „Sozialistischen Kampfverband“ abzurücken, zu dem sich der vds früher erklärt hatte. Das Studentenparlament der THD hat inzwischen den Austritt aus dem

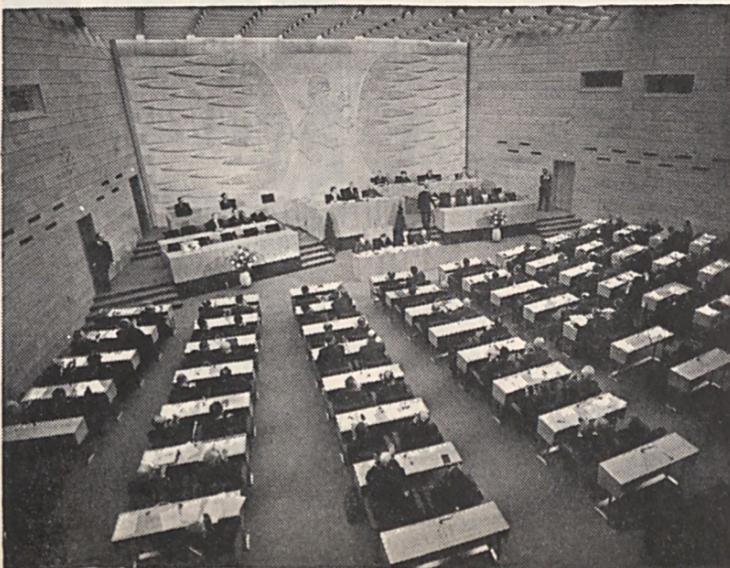


vds beschlossen und die Stornierung der Beitragszahlungen durch den ASTA gebilligt. Da allem Anschein nach auch alle anderen in Hamburg ausgezogenen Hochschulen aus dem Verband austreten werden, wird voraussichtlich der SHB die Führung im vds übernehmen können. Wenn

der vds nicht wegen der katastrophalen Finanzlage aufgelöst werden muß, stünde dann einer Integration in die inzwischen auf einen gemäßigten Linkskurs eingeschwenkte Arbeitsgemeinschaft Deutscher Studentenschaften (ADS) nicht mehr viel im Wege.

CDU: 100 Millionen für die Hochschulen

Numerus clausus verdoppelt/Schulreform gefährdet



Bald mehr Geld? Hessischer Landtag

Die Landtagsfraktion der CDU hat während der ersten Lesung des Nachtragshaushaltes 1970 (im Doppelhaushalt 1969/70) ein Hundert-Millionen-Sofortprogramm für die hessischen Hochschulen und Ingenieurschulen gefordert.

Zur Begründung erklärte die CDU-Fraktion, daß der Entwurf zum Nachtragshaushalt 1970 den mit Beginn des Wintersemesters 1969/70 offener denn je zutage getretenen akuten Notstand an den wissenschaftlichen Hochschulen Hessens in völlig unzureichendem Maße berücksichtigt. Dieser Notstand könne nur noch durch Sofortmaßnahmen beseitigt werden.

Allein an der Universität Frankfurt seien mit Semesterbeginn über 1000 Studenten durch den Numerus clausus vom Studium ausgeschlossen worden. An allen Hessischen Hochschulen habe sich die Zahl der zulassungsbegrenzten Fächer inner-

halb eines Jahres verdoppelt. Davon seien erstmalig in großem Ausmaß auch die naturwissenschaftlichen Fächer betroffen. Während man an den Universitäten studienwillige Abiturienten aussperren müsse, warteten alle Schulen des Landes auf mathematische und naturwissenschaftliche Lehrkräfte.

Durch das Fehlen der Naturwissenschaftler sei die angekündigte Schulreform in Hessen nicht mehr durchführbar, sagte eine Sprecherin der CDU-Fraktion.

Auch die Lehrlingsausbildung an den

Wirksamer Aufnahmestop

Wer nach der Debatte des Nachtrags- haushaltes im Landtag noch die poli- tische Wirksamkeit des, im letzten Semester in Darmstadt beschlossenen Aufnahmestops bezweifeln will, muß schon über ein kräftiges Maß Ignoranz verfügen. Die Forderungen der Oppo- sition — das geht aus der Begründung der CDU klar hervor — stützen sich vorwiegend auf den in den hessischen Hochschulen sprunghaft um sich grei- fenden Numerus clausus. Und die SPD befindet sich auch schon in Rückzugs- gefechten: „Vertretbarer Aufstockung.. zustimmen“. Sie hat bisher noch ver- schwiegen, daß der Nachtrag gegen- über dem ursprünglichen Haushaltsplan

zwar um 30 Millionen „dünner“ sein wird (die Einbußen durch die Finanz- reform sind größer als die Mehrein- nahmen aus der Hochkonjunktur), das Jahr 1969 aber einen Überschuß von etwa 500 Millionen DM gebracht hat.

Die Warnung des Finanzministers, „schon heute Steuermehreinnahmen, die in höchstem Maße unsicher sind, zur Deckung anderer Aufgaben zu verplan- nen“, und damit „den Pfad einer soli- den Finanzwirtschaft zu verlassen“ re- det also an der Realität vorbei. Es geht nicht um, etwa zukünftig zu er- wartende, sondern um ganz real vor- handene Gelder.

Sind schlechte Noten tödlich?

Wahrhaft sozial handelt der, der seine guten Taten nicht gleichmäßig über Gerechte und Ungerechte kommen läßt, sondern dabei den aus der Tat ent- springenden Nutzen im Auge behält; wird er doch durch gezielten Einsatz die nützlichen Glieder der Gesellschaft stärken und die Unwerten („Förde- rungswürdigen“ sagt man heute dazu) auszumerzen.

Das Studentenwerk Darmstadt ist solch eine soziale Einrichtung. Schlägt man den neuen Hochschulführer auf, so liest man unter der Überschrift „Die Ge- sundheitsförderung“ (S. 214):

„Aufgabe der Gesundheitsförderung ist es, vorbeugende und nachgebende Ge- sundheitsfürsorge zu treiben und in be- sonderen Fällen (Härtefällen) die Stu- denten-Krankenversorgung zu ergänzen. Aus der Gesundheitsförderung können Beihilfen gewährt werden, die aus- reichend sind, gesundheitlich Gefähr- dete vor einer Krankheit zu bewahren bzw. Rekonvaleszenten die Wiederge- winnung ihrer Gesundheit zu ermög- lichen.“

Löblich, löblich, denkt man und stutzt beim nächsten Satz:

„Beihilfen aus der Gesundheitsförde- rung werden nur auf formlosen Antrag nach Stellungnahme des Studentenzar- tes von der Abteilung Förderung des Stu- dentenwerkes durch den Geschäftsfüh- rer bewilligt.“

Einen Anspruch auf die Beihilfe hat man also nicht. Der Geschäftsführer (vielleicht sollte man der Deutlichkeit halber hinzufügen: der kein Arzt ist, sondern Maschinenbauer) entscheidet, ob jemand eine Kur nötig hat oder nicht. Nicht ohne zuvor ein berufenes Gremium zu befragen:

„Er kann vor seiner Entscheidung ggf. noch ein Gutachten der Fakultät hin- sichtlich der Förderungswürdigkeit des Antragstellers zu Rate ziehen.“

Es könnte ja sein, daß der Antragsteller im Vordiplom einen Notendurchschnitt von 3,7 hat, während eine Tbc — das sagt einem das gesunde Empfinden — erst mit der Gesamtnote „befriedigend“ förderungswürdig wird. Oder daß er sich seine Krankheit in hochschulgefähr- dender Absicht zugelegt hat: nur, um in den Gängen der Institute provozie- rend laut husten zu können.

Allgemein und unverbindlich

„Die Erziehung des kritischen und ur- teilsfähigen Bürgers“, „die Überwin- dung überalterter hierarchischer For- men“, „die Überwindung des Numerus clausus“, das hat Willy Brandt schön gesagt. An der Ehrlichkeit dieser Worte kommen einem allerdings erhebliche Zweifel, wenn man bedenkt, daß der SPD-Entwurf des hessischen Universi- tätsgesetzes (HUG) gerade dies verhin- dern will — der Numerus clausus zum Beispiel wird im HUG gesetzlich vor- gesehen, und gerade die hessischen SPD- ler gelten als die fortschrittlichsten im Bundesgebiet.

In der Regierungserklärung fehlt au- ßerdem jeder Hinweis auf eine Verbes- serung der sozialen Lage der Studenten, auf gerechte Ausbildungsförderung und Wohnheimbau. Betrachtet man den SPD-Entwurf zum Ausbildungsförde- rungsgesetz, das Festhalten am über- kommenen Bedürftigkeitsstipendium, an Familiendiktatur, an Würdigkeitsnach- weisen und vorgeschriebener Berufs- wahl, dazu längst überholte Frei- und Förderungsbeträge, dann wird ver- ständlich, warum Brandt auf die sozia- le Mißlage der Studenten nicht zu sprechen kam. Dieser Entwurf, in dem nichts von Familienunabhängigkeit und Chancengleichheit steht, straft die „Er- kenntnis“ der Bundesregierung, sich für gleiche Chancen auf dem Bildungssek-

tor einzusetzen, Lügen. Floskeln wie „Die Bundesregierung wird in den Grenzen ihrer Möglichkeiten...“ und „Die Bundesregierung wird prüfen...“ kann man nach den Erfahrungen mit der großen Koalition und mit der hessischen SPD-Landesregierung als Schaumschlägerei bezeichnen.

Es bleibt zu hoffen, daß im Entwurf eines Hochschulrahmengesetzes die stu- dentischen Vorschläge und Entwürfe ihren Niederschlag finden. Die Berücksichtigung studentischer Forderungen wäre eine Novität auf dem Bildungs- sektor. Neu wäre auch, wenn der Hochschul- und -neubau nicht durch Geld- und Kompetenzschwie- rigkeiten verhindert würde. Die Bedenken sind berechtigt, denn die geplante Ein- führung des Fernstudiums ist — was für die Bundesregierung vermutlich das Wichtigste ist — eine Sparmaß- nahme. Außerdem soll das Fernstudium wahrscheinlich als Ersatz für den Nu- merus clausus dienen.

Was in der Regierungserklärung über Bildungsförderung und -planung ge- sagt wird, ist zu wenig, besonders dann, wenn man es als Wahlschlager Nr. 1 angeboten bekam: das wenige dazu ziemlich allgemein und unverbind- lich.

Fortsetzung:

CDU-Notprogramm

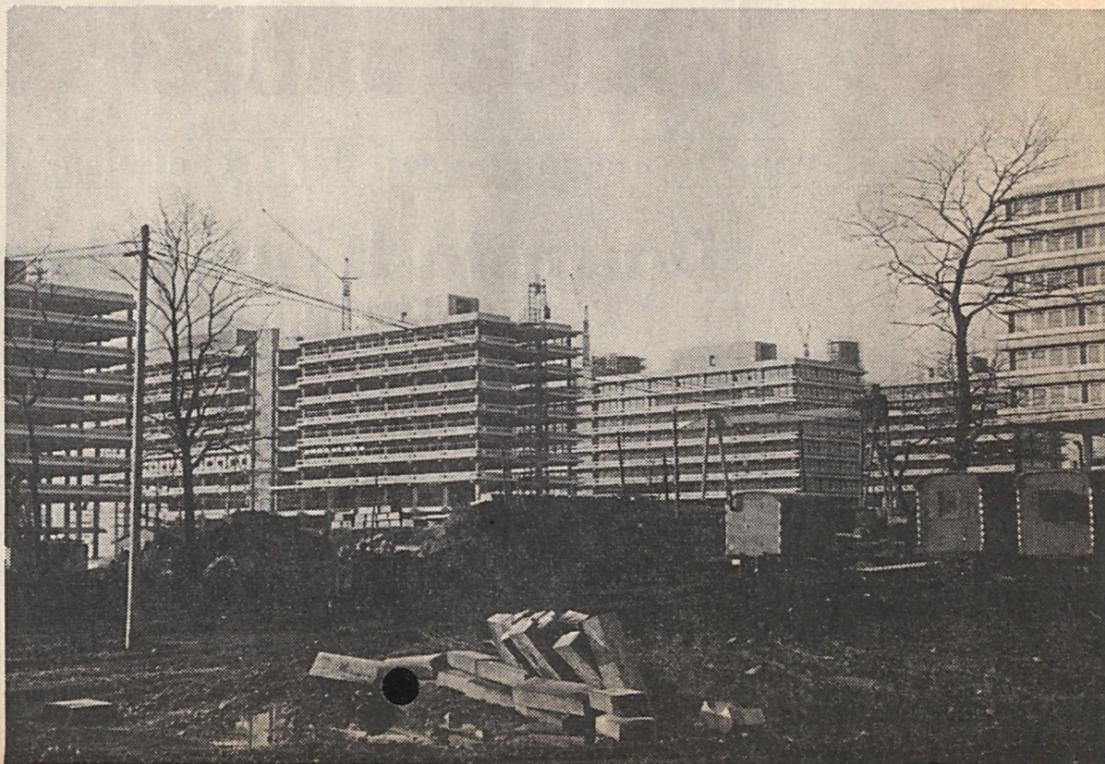
Berufsschulen stehe im naturwissen- schaftlichen und technischen Be- reich vielfach vor dem Nichts.

Finanzpolitisch sei eine Summe von 100 Millionen Mark für ein Notpro- gramm deshalb vertretbar, weil durch das Ansteigen des Bruttozo- zialproduktes und ein damit ver- bundenes höheres Steueraufkommen dieser Betrag ohne jede Verschul- dung im Landeshaushalt unterzu- bringen sei.

Der Nachtrags Haushaltsplan der Lan-

desregierung sieht in einem „Dring- lichkeitsprogramm für die wissen- schaftlichen Hochschulen“ lediglich 9 Millionen DM Mehrausgaben vor. Die Forderungen der Oppositions- parteien (die FDP verlangte 45,2 Millionen für die Hochschulen) nannte der SPD-Abgeordnete Reitz „wirklichkeitsfremd und in ihrer Höhe unverantwortlich“. Die SPD- Fraktion sei jedoch bereit, einer „vertretbaren Aufstockung“ der Mit- tel für die Hochschulen zuzustimmen. Der Entwurf der Landesregierung wurde inzwischen zur Vorbereitung

der zweiten Lesung an den Haus- haltsausschuß überwiesen. Die Hessische Landesregierung hatte (in Person des damaligen Kul- tusministers Schütte) schon einmal zu Anfang 1969 ein „Dringlichkeits- programm zur Abwendung eines Numerus clausus“ gestartet. Von den damals von den Hochschulen errechneten 42,8 Mio DM waren allerdings erst im Juli nur 5,2 (Darm- stadt: 1,38) Mio DM bewilligt wor- den. Zur gleichen Zeit wurden in Wiesbaden 110 Mio DM „zur Kon- junkturdämpfung“ eingefroren.



Brandt: Mehr Geld für Hochschulausbau

Der Bundeskanzler zu den Aufgaben seiner Bildungspolitik

Nachdem die SPD im Wahlkampf die Priorität der Bil- Irgendwelche revolutionäre Neuerungen und Proklama- dung so sehr betont hatte, durfte man auf die Regie- tionen waren allerdings nicht zu erwarten. Am 28. Ok- rungserklärung Willy Brandts zumindest neugierig sein. tober war es soweit.

Zuerst umriß der neue Bundeskanz- ler kurz die Aufgaben der (seiner) Bildungspolitik:

„Die Bundesregierung wird in den Grenzen ihrer Möglichkeiten zu einem Gesamtbildungsplan beitra- gen. Das Ziel ist die Erziehung eines kritischen, urteilsfähigen Bürgers, der imstande ist, durch einen permanen- ten Lernprozeß die Bedingungen seiner sozialen Existenz zu erkennen und sich ihnen entsprechend zu ver- halten.“

Die Schule der Nation ist die Schule. Wir brauchen das 10. Schuljahr und wir brauchen einen möglichst hohen Anteil von Menschen in unserer Ge- sellschaft, der eine differenzierte Schulausbildung bis zum 18. Lebens- jahr erhält. Die finanziellen Mittel für die Bildungspolitik müssen in den nächsten Jahren entsprechend gesteigert werden.

Die Bundesregierung wird sich von der Erkenntnis leiten lassen, daß der zentrale Auftrag des Grundgesetzes, allen Bürgern gleiche Chancen zu geben, noch nicht annähernd erfüllt

wurde. Die Bildungsplanung muß entscheidend dazu beitragen, die soziale Demokratie zu verwirklichen.“

Dann nahm Willy Brandt etwas kon- kreter zu Hochschulfragen Stellung. Das Kabinett will ein Hochschulrah- mengesetz vorlegen. Die Fachhoch- schulen sollen in den Gesamthoch-

schulbereich integriert werden. Fra- gen der Personalstruktur stünden im Vordergrund; „überalterte hierar- chische Formen“ sollen überwunden werden.

„Der Ausbau der Hochschulen muß verstärkt vorangetrieben werden.“ Für Bauvorhaben, die in 12 bis 15 Monaten abgeschlossen sein können, sollen sofort die dazu notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt wer- den.

Die Bundesregierung will den Län- dern bei der Überwindung des Nu- merus clausus helfen. Das Fernstu- dium soll eingeführt werden. Die Fachrichtung Informatik und die Ent- wicklung von Computersprachen sollen „verstärkt“ gefördert werden.

Assistenzärzte: „Grobe Ausnutzung“

Die Assistentenschaft der Bonner Universitätskliniken hat wegen „gro- ber Ausnutzung“ Kampfmaßnahmen (Dienst nach Feiertagsordnung: nur dringende Fälle werden behandelt) ergriffen. Grund: Die Assistenten haben eine Arbeitszeit von durch- schnittlich siebzig Wochenstunden, für den achtstündigen Nachtdienst erhalten sie eine Vergütung von DM 3,20, müssen allerdings für ein Essen während des Dienstes DM 4,20 bezahlen, sie legen also für acht Stunden Nachtarbeit noch eine Mark dazu. Das Düsseldorfer Kultusmini- sterium hatte außerdem die für das Jahr 1969 geforderten 133 zusätzli- chen Assistentenstellen abgelehnt.



Planungskommission erweitert

Die „Planungskommission“ ist er- weitert worden. Am 10. November hat der Senat beschlossen, je einen Assistenten, Studenten und nicht- wissenschaftlichen Mitarbeiter in die Kommission aufzunehmen, in der bisher nur die Professorenschaft mit

fünf Mitgliedern (Bassler, Brix, Fesel, Pahl, Retzko) vertreten war. Die Pla- nungskommission befaßt sich mit Fragen der Hochschulerweiterung und der Erstellung des Raumprogramms. Ihr Einfluß ist allerdings gering; sie kann nur Empfehlungen aussprechen.

Dipl.-Wirtsch.-Ing.

RUDOLF WELLNITZ

Hochschulbuchhandlung

Darmstadt, Lauteschlägerstraße 4
Direkt an der Hochschule

Technisches Antiquariat

Darmstadt, Magdalenenstraße 19
Am Kraftwerk der TH

BALKES ERPRESSUNGSVERSUCH

Herr Balke hat einen Brief geschrieben. Das wäre nichts besonderes, wenn Herr Balke nicht Prof. Dr.-Ing., Bundesminister a. D. (Atom, dann Arbeit), Ex-CSU-MdB, ehemaliger Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft, Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Vorsitzender des Deutschen Verbandes Technisch-wissenschaftlicher Vereine (DVT) wäre. Herr Balke ist also ein sehr mächtiger und exponierter Vertreter des westdeutschen Kapitalismus. Beunruhigt über die Entwicklung an den Universitäten, hat Herr Balke einen Brief an den Berliner Schulsenator Evers geschrieben, der gerade Präsident der ständigen Konferenz der Kultusminister (KMK) der Länder in der BRD ist. Darin wird deutlich gezeigt, was die Industrie von der Wissenschaft erwar-

tet und was nicht; die Wissenschaft muß sich für die Interessen des Kapitalismus gebrauchen lassen, sonst drohen unabwendbare Konsequenzen.

Der Brief selbst:

Betrifft: Gefährdung der Forschungsförderung an den Deutschen Hochschulen

Sehr geehrter Herr Senator!

Die Diskussionen über die zweckmäßige Gestaltung von Hochschulgesetzen lassen erkennen, daß von den beabsichtigten Neuregelungen - unabhängig von Einzelheiten - auch die Forschung an unseren Hochschulen berührt wird. Die Beziehungen der Wirtschaft zur Wissenschaft sind vielfältig und beschränken sich nicht etwa auf die wirtschaftseigene Forschung.

dirigistischen Tendenzen bei der Handhabung der Bewilligungsbedingungen von Forschungsaufträgen der öffentlichen Hand. Der Finanzgeber Staat betrachtet die Zuschüßempfänger meist als „Interessenten“ und behandelt sie nicht als Partner, sondern als Verwaltungsfortsätze.

Die ungehinderte Ausbeutung der Wissenschaft durch die Industrie wird nach Meinung von Herrn Balke schon jetzt stark eingeschränkt: durch das „ungeklärte Verfügungsrecht“, das den vollständigen Lizenzdiebstahl verhindert, und durch „dirigistische Tendenzen“ des Staates, der die Kontrolle über

vergebene Gelder nicht völlig aufgeben möchte. Viel schlimmer sind jedoch die „Reformbestrebungen“, die dazu geführt haben, daß manche Wissenschaftler sich über die Weiterverwendung ihrer Forschungsergebnisse Gedanken machen:

statt „sachkundiger Kompetenz“

Hinzu kommt eine durch die Reformbestrebungen ausgelöste oder verstärkte Entwicklung, die in der Haltung der Hochschulen zu dem System der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft besteht. Die ablehnende Haltung mancher Wissenschaftler gegen die wirtschaftliche Nutzung wissenschaftlicher Ergebnisse ist eine geschichtliche Erscheinung, die Kritik am Nützlichkeitsprinzip ist unter Umständen sogar ein nützlicher Regulierungsfaktor. Tatsache ist aber auch, daß selbst die reinsten Grundlagenforschung eine materielle Basis braucht, die durch das Sozialprodukt dargeboten werden muß, und so berühren sich auch unvermeidlich wieder Wirtschaft und Wissenschaft. Am bedrohlichsten sind aber Anzeichen einer besorgniserregenden Entwicklung, die von der Hochschulgesetzgebung ausgehen können. Die extreme Gegnerschaft gewisser studentischer Kreise gegen jede Art der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen bzw. Forschungsinstitutionen, die zur Aufstellung des Begriffes „Vernich-

tungswissenschaftler“ geführt hat, soll in ihrer Bedeutung nicht überschätzt werden. Aktueller sind aber mögliche Regelungen, die aus Ansprüchen im Zuge der unruhigen Bildungspolitik erwachsen, wonach über Forschungsvorhaben an den Hochschulen künftig durch Gremien entschieden werden soll, deren Kompetenz nicht auf Sachkunde beruht.

Es zeigt sich deutlich, wie gefährlich die Ansätze zur Emanzipation der Wissenschaft, d.h. die Befreiung von Zwängen, die außerhalb ihrer selbst liegen, für den Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaft sind. Es werden hier von Herrn Balke in bezeichnender Weise zwei Dinge vermengt, die zwar gleiche Ursachen, nämlich eine gesellschaftliche Analyse des Faches und der Situation des Wissenschaftlers, aber grundverschiedene Folgen für die Wirtschaft haben. Die Weigerung mancher Wissenschaftler, Forschungsergebnisse unkontrolliert und unkontrollierbar an die Wirtschaft zur Nutzung, zur Profitsteigerung und damit zur Aufrechterhaltung des Systems weiterzugeben, ist

das Ergebnis einer Reflexion der gesellschaftlichen Situation des Wissenschaftlers. Diese Tendenz wird als gefährlich erkannt, gleichzeitig aber verharmlost und abgewertet durch den Hinweis auf das Nützlichkeitsprinzip, dessen Anwendung als „unter Umständen nützlich“ bezeichnet wird. Es wird hier an die Entrümpelung der Fachgebiete von inzwischen irrelevanten Forschungsrichtungen gedacht, die für die Wirtschaft vorteilhaft sein kann, wenn sie Grundlagenfächer betrifft, die zwar viel Geld kosten, aber nichts unmittelbar Verwertbares für die Industrie schaffen. Gleichzeitig macht Herr Balke der Grundlagenforschung eindringlich ihre totale und „unvermeidliche“ Abhängigkeit von der Wirtschaft klar. Was jetzt noch kommt, kann nicht mehr verwundern: nach der eingehenden Analyse der Verflechtung zwischen fungibler Wissenschaft und kapitalistischer Wirtschaft und der Darstellung der Gefahren, die dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem von einer sich emanzipierenden Wissenschaft drohen, folgt der Versuch, aus der Machtposition der Industrie Einfluß auf die Hochschulgesetzgebung zu nehmen:

„Vielfältige Beziehungen...“

Diese hat, was ich im einzelnen nicht zu belegen brauche, eine erhebliche Bedeutung für das Leistungsniveau unserer gesamten Wirtschaft - und schon eine einzige Zahl läßt erkennen, welchen materiellen Umfang die Forschung und Entwicklung in unserer Wirtschaft genommen hat. Augenblicklich werden rund 6 Milliarden D-Mark im Jahr für diesen Zweck aufgewandt.

Seit Jahrzehnten hat sich eine Symbiose zwischen der Wirtschaft - speziell der Industrie - und den Hochschulen in der Forschungstätigkeit entwickelt, deren ausgezeichnete Ergebnisse es unserem Staat ermöglicht haben, aus der Katastrophe des zweiten Weltkrieges - ungeachtet aller noch bestehenden Lücken - unerwartet schnell wieder aufzusteigen. Diese wechselseitige Verflechtung ist für die Hochschulindustrie eine wesentliche Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit geworden, denn Forschungsaufträge der Industrie auf Gebieten, die das Potential der Wirtschaft übersteigen oder dem Arbeitsbereich nicht entsprechen, sind ein wesentlicher Faktor für das Leistungsniveau der Hochschulen auf ihren eigenen Forschungsgebieten.

Diese Zahl läßt noch etwas anderes erkennen: nämlich die Irrationalität unseres Systems, in dem Privateigentümer (Kapitalisten) für konsumbezogene Forschung und Entwicklung (von der sie unmittelbar wieder profitieren) dreimal mehr Geld ausgeben als der Staat für Wissenschaft und Bildung, wovon das meiste noch für Wehrforschung verwendet wird.

zur Ausbeutung der Wissenschaft

Die angeführte „Symbiose“ ist eine reine Ausbeutung der Wissenschaft durch die Wirtschaft. Die Hochschulinstitute sind oft wegen ihrer völlig unzureichenden Finanzausstattung gezwungen, Aufträge der Industrie anzunehmen, die sehr wenig mit Forschung zu tun haben. Außerdem dienen Industrieaufträge sehr oft dazu, das Gehalt der Ordinarien aufzubessern. Die „wechselseitige Verflechtung“ zwischen Hochschule und Industrie besteht darin, daß die Industrie Geld hat und die Hochschule nicht. Forschungsaufträge der Industrie werden nur an die Hochschulen vergeben, wenn es wirtschaftliche Vorteile bringt, wie es hier auch unverblümt heißt. Von Befruchtung und selbstloser Unterstützung der Grundlagenforschung kann nicht die Rede sein.

wissenschaftlichen Nachwuchses aller Kategorien.

Sehr richtig wird hier erkannt, daß die kapitalistische Wirtschaft ihre Stellung im gegenwärtigen System nur halten kann, wenn sie sich der modernsten Forschungsmethoden und Wissenschaftszweige bedient. Die Sozialwissenschaften, die von ihrem Ansatz her die Möglichkeit zu einer Analyse der Herrschaftsverhältnisse im Kapitalismus bieten, und somit potentiell die Gefahr der Änderungen der Besitzverhältnisse bergen, können nur diszipliniert werden, wenn sie in das System der Abhängigkeit von der Industrie einbezogen werden. Tatsächlich liegen die Existenzbedingungen der Herrschenden in einer „optimierenden Verzahnung“ der Wirtschaftsinteressen mit dem Fortschritt der Wissenschaft. Ganz deutlich wird die Absicht, mit Hilfe der modernen Erkenntnisse der Soziologie die Herrschaft des Kapitals zu verewigen und die Bildungsplanung so durchzuführen, daß durch höchstmögliche Reglementierung der optimale Effekt für die Wirtschaft entsteht: vollständig funktionierender wissenschaftlicher Nachwuchs in vorgegebener Zahl zur Stützung des Systems; Bildung nicht als individueller Anspruch aller, sondern als vorausgeplantes Privileg einzelner. Der Deutsche Verband Technisch-wissenschaftlicher Vereine, dessen Rolle in wissenschaftspolitischer Hinsicht ich als bekannt voraussetzen darf, bemüht sich seit Jahren mit den ihm zugänglichen Mitteln, eine Gefährdung der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Hochschulen zu verhindern.

Bezeichnend ist auch, daß Herr Balke den Krieg als (Natur-)katastrophe ansieht (an dem im übrigen die Industrie gut verdient hat).

Es handelt sich bei dieser Zusammenarbeit nicht etwa um eine einseitige Förderung der Natur- und technischen Wissenschaften, sondern sie hat sich längst auch auf die wirtschaftswissenschaftlichen und sozialwissenschaftlichen Fächer ausgedehnt. Eine optimierende Verzahnung zwischen Planen und Handeln der Unternehmen und von Forschung und Entwicklung im Bildungssystem und in Forschungsinstitutionen ist die Grundlage für die Existenzbedingungen der Zukunft. Nicht zuletzt dient diese gemeinsame Anstrengung der Ausbildung des wis-



„Mit allem Nachdruck darauf hinweisen...“

Die Erklärung der Westdeutschen Rektorenkonferenz vom Mai dieses Jahres hat einen deutlichen Hinweis auf diese Gefährdung des Forschungspotentials der Universitäten gegeben. Der Deutsche Verband Technisch-wissenschaftlicher Vereine muß mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Förderung der Forschung an Hochschulen ernstlich in Frage gestellt wird, wenn in Zukunft unzuständige Gruppenvertreter an Entscheidungen mitwirken und dabei kein sachkompetentes Urteil zugrunde legen können, und wenn die Alleinverantwortlichkeit des einzelnen qualifizierten Forschers beseitigt oder auch nur geschwächt wird. Die dadurch schon entstandene Unsicherheit in der Verantwortung und die sich abzeichnende Möglichkeit einer Einflußnahme von dritter Seite wird unvermeidlich die Bereitwilligkeit der Industrie schmälern, im bisherigen Umfang Forschungsmittel bereitzustellen. Diese Entwicklungen haben den Deutschen Verband Technisch-wis-

senschaftlicher Vereine veranlaßt, die zuständigen Instanzen auf die drohende Gefährdung der Forschung an den deutschen Hochschulen hinzuweisen. Die Katze ist aus dem Sack: die einzigen, auf die sich die Industrie in den Hochschulen als Kollaborateure verlassen kann, sind die „einzelnen qualifizierten Forscher“, also die Ordinarien. Demokratie in der Hochschule ist für Herrn Balke ebenso unverständlich und gefährlich wie in Schulen und Betrieben. Gruppenvertreter, von denen offenbar befürchtet wird, daß sie sich gerade bezüglich der Beziehung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft ein kritisches Bewußtsein zu bilden versuchen, sind grundsätzlich „unzuständig“ und ohne „Sachkunde“. Das Infamste jedoch ist der unverhohlene Erpressungsversuch der Wirtschaft: die effektive Beteiligung der Betroffenen an Entscheidungsprozessen innerhalb der Hochschule wird beantwortet durch die Drohung der Sperrung der Forschungsmittel. Die Wirtschaft wehrt sich mit dem ganzen ihr zur Verfügung stehenden Finanzpotential gegen die

Möglichkeit, daß in der Hochschule die Rolle des kapitalistischen Systems bei der Ausbeutung der Wissenschaft diskutiert und nach rationalen Gesichtspunkten beurteilt wird.

Ich habe die Bitte, sehr geehrter Herr Senator, daß die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder sich mit diesen Problemen möglichst bald und wirksam befaßt. Für ihre Unterstützung dieser Bemühungen darf ich Ihnen schon jetzt danken.

Mit freundlichen Grüßen!

Deutscher Verband
Technisch-wissenschaftlicher Vereine
Der Vorsitzende
gez. Balke
(Prof. Dr.-Ing. S. Balke)

Der Schluß des Briefes macht der KMK ihre Ohnmacht und Abhängigkeit in erschreckender Weise deutlich: ohne Antwort zu erwarten, bedankt sich Herr Balke für die „wirksame Befassung“ mit seinen Befürchtungen und für die „Unterstützung dieser Bemühungen“.

„Ungeklärte Verfügungsrechte...“

Der Anlaß meines heutigen Schreibens ist aber durch die Tatsache gegeben, daß sich Entwicklungen abzeichnen, deren Andeutungen schon genügt haben, ernste Besorgnisse der Wirtschaft auszulösen. Die Gefährdung hat verschiedene Ursachen, die nicht alle im Hochschulbereich

liegen; so gibt es Hindernisse bei der Förderung der Auftragsforschung durch das ungeklärte Verfügungsrecht über anfallende Patente, das Recht zur Vergabe von Lizenzen oder andere wirtschaftliche Ergebnisse von Forschung und Entwicklung. Ein weiterer Störfaktor liegt in den

Der Assistent: Strohmann des Ordinarius

Für den Studenten gibt es auf den ersten Blick kaum einen Unterschied zwischen Assistent und Professor, schon gar keinen zwischen den verschiedenen Arten von Assistenten, zwischen Verwaltern von Assistentenstellen, Akademischen Räten, Studienräten, wissenschaftlichen Angestellten und Hilfskräften auf der einen Seite, den wissenschaftlichen Räten, Dozenten und Privat-Dozenten, ordentlichen und außerordentlichen Professoren auf der anderen Seite.

Im Verlauf des Studiums wird es für den Studenten jedoch irritierend, daß er denjenigen kaum zu fassen bekommt, der seine Studienleistungen, etwa eine Studienarbeit, bewertet: mit dem Assistenten hat er während seiner Arbeit Kontakt, die Note wird jedoch „verantwortlich“ von einer anderen Person gegeben auf Grund einer Verhandlung, an der er nicht teilnimmt. Kritik gegenüber dem Assistenten ist schwierig, da dieser nicht das letzte Wort bei der Bewertung hatte; Kritik gegenüber dem „verantwortlichen“ Professor ist ebenso schwierig, weil jener nicht immer an der Themenstellung beteiligt, die fertige Arbeit nur möglicherweise gelesen, die Probleme bei ihrer

Entstehung aber nicht mit verfolgt hat.

Ähnlich liegt es mit der Lehre, den Übungen, den Praktika: Denn der nach außen sichtbare Unterschied zwischen Assistent und Professor liegt für den Studenten darin, daß ein unmittelbarer Kontakt meist nur mit dem Assistenten besteht, der Kontakt mit dem Professor sich überwiegend auf die rezeptive Entgegennahme des Vorlesungsstoffes beschränkt. Erst in den letzten Studiensemestern kann sich das ändern, oft aber auch nur dann, wenn der Student eine starke Initiative aufbringt; die Hochschule kommt ihm wenig entgegen.

Derjenige, der den unmittelbaren Kontakt zu den Studenten hat, der also die Lehrveranstaltungen abhält, ist in weitem Umfang der Assistent: Die lehr- und lernintensiven Bereiche, Übungen, Gruppenstudien, Praktika, Seminare und Studienarbeiten, sind zumeist ihm überantwortet. Daß es dabei zwischen den einzelnen Fächern erhebliche Unterschiede gibt, ist selbstverständlich; generell kann man sagen, daß die Beteiligung der Assistenten der Größe der Lehrbelastung eines Fachgebietes proportional ist.

Der Assistent trägt die Koffer, der Professor die Verantwortung

Angesichts dieser tatsächlichen Verteilung der Lehraufgaben wird jeder Student mit Erstaunen vernehmen, daß dem Assistenten nach der Assistentenordnung, als der Vorschrift, die seine Dienstpflichten umschreibt, das Ankündigen und Abhalten von Vorlesungen und Übungen nicht er-

noch immer davon aus, daß die etwa 1400 Studenten nahezu ausschließlich von den 11 Ordinarien belehrt werden. Wer die Lehrveranstaltungen aber tatsächlich abhält, läßt sich durch Blick in die jeweilige Veranstaltung leicht feststellen. Diesem Faktum hält man entgegen,

der Assistent ist nicht frei in dem, was er in den Vorlesungen bringt und was nicht; kein Wunder, daß der Assistent gebunden ist.

Auch die Tatsache der Prüfungstätigkeit von Assistenten kann nicht des-

halb gelegnet werden, weil der Ordinarius, der im allgemeinen aufgrund eigener Beurteilung gemeinsam mit dem Assistenten die Note oder zumindest die Notenrichtlinien festlegt, der im schlimmsten Fall die Arbeit gar nicht gelesen hat, unter-

schreibt und die Verantwortung trägt: Prüfer ist und bleibt der einzelne oder das Kollegium, von dem die Bewertung stammt, nicht derjenige, der die Bewertung eines anderen gegenüber einem Dritten verantwortet.

Diskriminierung der Assistenten

Die faktische Arbeit des Assistenten im Lehr- und Prüfungsbereich ist dreifach diskriminiert:

- Sie wird, wie Vorlesungsverzeichnis und überwiegende Argumentation der etablierten Hochschullehrer zeigen, nicht als eigene Leistung anerkannt, sondern als Unterstützung der Leistung eines anderen fehlbewertet.
- Sie wird diskriminiert, indem alle Hochschullehrer für ihre Lehrtätigkeit und alle formellen Prüfer für ihre Prüfungstätigkeit

eine besondere Vergütung – Hörengeld und Prüfungsgebühren – erhalten, die Assistenten aber in aller Regel leer ausgehen, obwohl schon ihr Grundgehalt niedriger ist.

- Sie ist korporationsrechtlich diskriminiert, indem die Assistenten bislang von der Mitbestimmung in der Korporation Hochschule über den Bereich, dem ein großer Teil ihrer Arbeitszeit gewidmet ist, kaum beteiligt waren; ihre Mitarbeit in Hochschulgremien wird als Vertretung assistentischer, d. h. ständischer

Interessen interpretiert; ein Allgemeininteresse an den Aufgaben der Hochschule, insbesondere an der Hochschullehre, wird den Assistenten abgesprochen, da die fachvertretenden Ordinarien glauben, dieses Allgemeininteresse allein hinreichend zur Geltung zu bringen.

Auch die an der THD im Ansatz realisierte Drittelparität hebt die Diskriminierung nicht auf: zwar sind die Assistenten als Gruppe gleichberechtigt, aber eben als Gruppe mit entsprechend anderen Tätigkeitsmerkmalen.

Der Hochschullehrer: Beruf oder (nur) Berufung

Die gegenwärtige Personalstruktur der Hochschulen ist dadurch ausgezeichnet, daß es eine Vorbereitung auf den Beruf des Hochschullehrers eigentlich nicht gibt: Die Berufung des Professors, die Habilitation, ist auch heute noch ein quasi magischer Initiationsritus, eben eine echte Berufung. Nachwuchs an pädagogisch, didaktisch interessierten oder geschulten Wissenschaftlern wird an der Hochschule nicht produziert, schon gar nicht für den eigenen Bedarf. Am deutlichsten zeigt sich diese Misere in der Art und Weise der Auswahl der Assistenten: Eine Assi-

denn selbst, wenn er das Ziel haben sollte, einmal ein offiziell etablierter Hochschullehrer zu werden, hat doch die Lehre für ihn nur untergeordnete Bedeutung: Habilitation oder Berufung hängen zu einem so geringen Teil von den Lehrbemühungen ab, daß es höchst unökonomisch wäre, das Schwergewicht der Arbeitszeit auf die Lehraufgaben zu legen oder gar sich intensiv mit didaktischen Fragen abzugeben. Das oft beklagte mangelhafte Interesse der Assistenten an der Hochschuldidaktik ist die logische Folge davon, daß die Prioritäten in einem Assistentendasein anders gesetzt werden müssen, als es für die Hochschullehre gut ist. Es gibt genügend Assistenten, die sich jahrelang intensiv um die Lehre bemüht haben, um dann beim Versuch der Habilitation oder einer anderen Qualifikation erfahren zu müssen, daß langjährige erfolgreiche Lehrtätigkeit gegenüber einer dadurch vielleicht etwas zu

kurz gekommenen wissenschaftlichen Arbeit kaum ein Gewicht hat.

Die Forschungssituation der Assistenten ist sehr unterschiedlich; es gibt Fachgebiete, in denen ihre wissenschaftliche Arbeit in den kooperativen Bereich mit einbezogen ist; es gibt Bereiche, in denen nahezu kein Kontakt besteht, sondern jeder vereinzelt vor sich hin arbeitet, ohne auf das Interesse und die Diskussionsbereitschaft eines anderen hoffen zu können. Nach einer Mainzer Umfrage hatten weniger als die Hälfte der Assistenten ständig Gelegenheit, mit dem Ordinarius „eigene“ wissenschaftliche Arbeiten zu besprechen. Das, was aber die Forschungssituation der Assistenten generell problematisch macht, ist die von der Assistentenordnung her vorgegebene Unterscheidung zwischen „eigener“ und anderer wissenschaftlicher Arbeit. Eine solche Differenzierung ist ziemlich sinnlos.

Die falschen Empfehlungen des Wissenschaftsrates

Es fragt sich natürlich, wie etwa 75% des wissenschaftlichen Personals der Hochschulen in eine derart absurde Position geraten konnten. Die Empfehlungen des Wissenschaftsrates (WR), auf denen der Ausbau der Hochschulen in den 60er Jahren beruhte, wollten die herkömmliche Personalstruktur konservieren; der spitze Stellenkegel sollte erhalten und gleichzeitig die stark vermehrten Assistentenstellen dazu benutzt werden, die erhöhten Lehranforderungen abzufangen. Obwohl auch der WR davon ausgehen mußte, daß die vermehrten Assistentenstellen zur Behebung von Lehrkapazitätsschwierigkeiten verwendet würden, blieb die traditionelle Position des Assistenten unverändert; es wurde die Fiktion aufrecht erhalten, sie seien auch weiterhin primär Vorbereitungsposi-

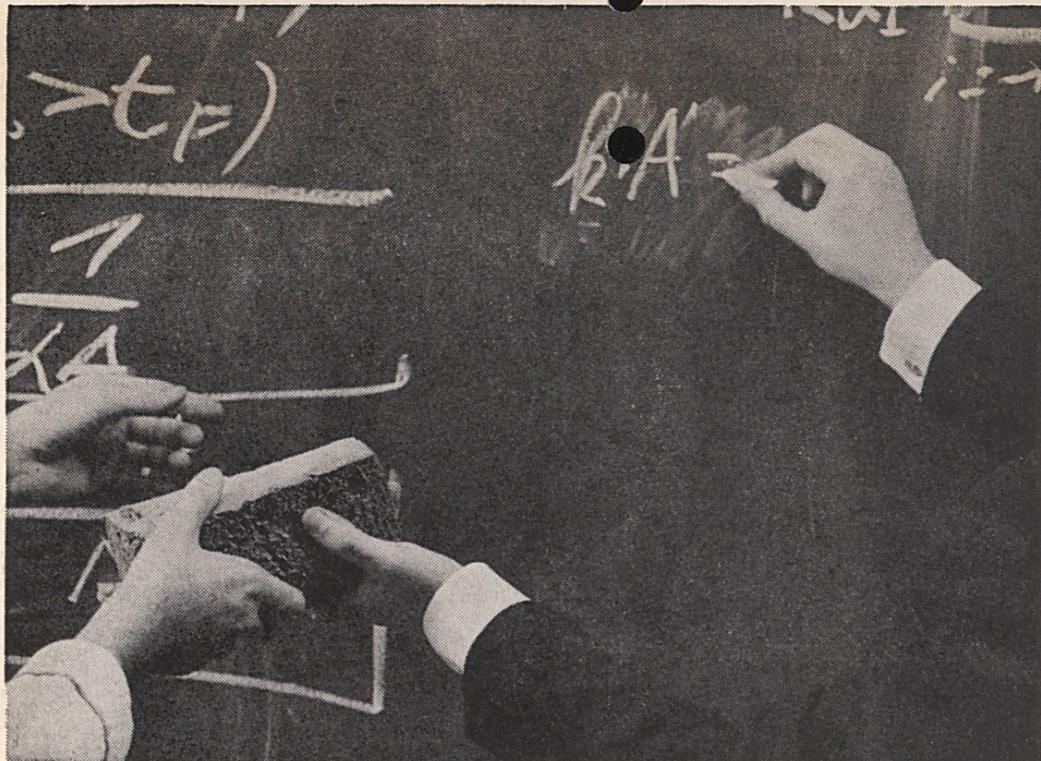
tionen für Hochschullehrer, eine Aufgabe, die sie schon unter den gänzlich anderen Bedingungen früherer Hochschulen nur unvollkommen erfüllen konnten. Ein einfaches Rechenexempel hätte aber auch dem WR klarmachen können, daß z. B. bei einem Verhältnis 1:5 von Professorenstellen zu Assistentenstellen im statischen Modell nur jeder 30. Assistent die Möglichkeit hat, eine Professorenstelle zu erhalten (bei 5 Jahren Assistenz, 30 Jahren Lehrstuhlsbesitz). Welchen Auslesecharakter ein derartiges System hat, braucht hier nicht erörtert zu werden.

Die Folge der falschen Empfehlungen des WR ist, daß es Assistenten zu viele und Hochschullehrer zu wenige gibt.

Lehrverpflichtung der Assistenten ohne Gegenleistung

Aus Loyalität gegenüber der Hochschule, auf Grund der Abhängigkeit von einem Ordinarius, in Erwartung einer baldigen Reform der Personalstruktur, sehr oft aus Interesse an der Lehre und der eigenen fachlichen und pädagogischen Schulung, aber wohl auch aus mangelnder eigener Initiative haben die Assistenten Lehrtätigkeiten übernommen, zu denen sie weder verpflichtet noch berechtigt sind. Aus diesem Faktum hat nun der Hessische Kultusminister eine geradezu verblüffende Konsequenz gezogen und durch schlichten Erlaß die tatsächliche, freiwillige Lehrtätigkeit der Assistenten zu

einer echten Dienstpflicht umdefiniert, ohne auch nur das geringste zu unternehmen, um die prekäre Lage und Stellung zu verändern. Wer die Lehrkapazität der Hochschule vergrößern will, muß für mehr Hochschullehrer sorgen; denn nach Status und Fremdverständnis haben Assistenten nicht zu lehren. Daß sie es tun, wird eine Übergangerscheinung bleiben oder zur Übergangerscheinung gemacht werden; entweder dadurch, daß die Assistenten die Lehre aufgeben, oder dadurch, daß in einer neuen Personalstruktur der Hochschule die Position der Assistenten überhaupt beseitigt wird.



laubt ist; eine Ausnahme von diesem Verbot ist nur möglich, „wenn das aus besonderen Gründen notwendig und vom Kultusminister vorher genehmigt“ worden ist. Daneben kann die Hochschule dem Assistenten einen besonderen Lehrauftrag erteilen; die assistentische Tätigkeit als Lehrbeauftragter ist aber – von den Dienstpflichten und dem Status des Assistenten her gesehen – eine Nebentätigkeit. Als Prüfer ist der Assistent in aller Regel überhaupt nicht zugelassen; Durchsicht von Prüfungsarbeiten jeder Art fällt daher auch nicht in seinen Aufgabenbereich, sollte vielmehr selbstverständliche Aufgabe der Prüfer sein. Die Praxis unserer Hochschule nimmt es mit der Einhaltung dieser Vorschriften nicht sehr genau. Lediglich das Verbot, Lehrveranstaltungen von Assistenten anzukündigen, wird bislang recht strikt eingehalten: Das Vorlesungsverzeichnis geht etwa im Bereich der Elektrotechnik

daß es sich bei der Betätigung der Assistenten nicht um „eigenständige“, „eigenverantwortliche“, „selbstständige“ Lehre handele, sondern um „abhängige“ Lehre, für deren Durchführung der jeweilige Ordinarius die „Verantwortung“ trage, deren Inhalte und Formen nicht vom Lehrenden selbst, sondern vom Ordinarius bestimmt werden. Diese Verantwortung ist ein verhältnismäßig leerer Begriff: Daraus, daß einer die Verantwortung trägt, ein anderer aber die Lehrveranstaltung abhält, kann kaum geschlossen werden, daß Lehrender derjenige sei, der die Verantwortung trägt. Lehrender ist vielmehr auch in diesem Fall der Lehrende. Auch Eigenständigkeit und Eigenbestimmung der Lehrinhalte ist ein problematisches Kriterium, denn die zu vermittelnden Lehrinhalte sind durch Studiengang und Prüfungsordnung in weitem Umfang festgelegt, lassen sich also nicht beliebig variieren. Selbst der Ord-

stententstelle zu erhalten ist Glück- oder Zufallsache; Stellenausschreibung mit freier Konkurrenz aller Interessierten innerhalb und außerhalb der Hochschule findet sich erst gelegentlich. Die Einbindung in den Bereich eines Lehrstuhles legt die Arbeitsrichtung des Assistenten für Jahre häufig völlig unabhängig von seinen Fähigkeiten und Interessen fest, muß er sich doch, um promovieren zu können, dort anstellen lassen, wo zufälligerweise eine Stelle frei ist. Eine Auswahl des Assistenten im Hinblick auf seine Lehrtätigkeit ist ebenso selten wie eine pädagogisch-didaktische Ausbildung während der Assistentenzeit.

Geradezu verhängnisvoll wirkt sich für die Hochschulen aus, daß bei der bestehenden Personalstruktur jede Lehrtätigkeit für den Assistenten nur eine Ablenkung von seiner eigentlichen Aufgabe, nämlich sich wissenschaftlich zu qualifizieren, sein kann.

Neugebauer: „Störung der Reform“

Prof. Dr.-Ing. Rudolf Neugebauer, MB-Ordinarius und dafür selbst legitimierenden Gruppen nicht nur die not- für Bauingenieure Lehrer im Pflicht-Nebenfach „Ma- wendige und legale Ordnung der Hochschule gestört, schinenelemente für Bauingenieure“, schrieb seinem sondern auch die elementarsten Voraussetzungen für Minister einen Brief: „... Ich darf mit dieser Meldung eine konstruktive Weiterentwicklung und Reform der den Ausdruck meiner Besorgnis verbinden, daß sich Hochschule weiterhin aufs Schwerste beeinträchtigt durch derartige, offenbar gezielte Aktionen von sich werde.“

Zu melden war folgendes: In der prüft werden. Zum Nachprüfungster- min erschienen nicht nur die 6 Nach- prüflinge, sondern auch „etwa 15 in der Hochschulpolitik aktive Studen- ten“ (Neugebauer-Brief) mit dem

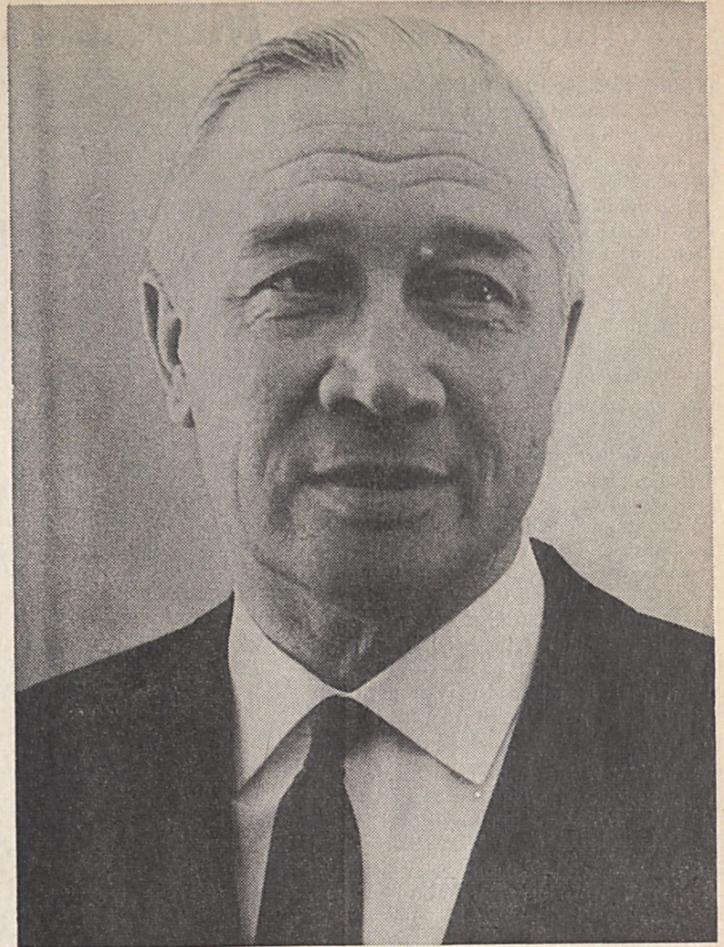
Vorschlag, den Kandidaten ohne Prüfung das Bestehen zu bescheinigen. Dieses Ansinnen lehnte Neugebauer ab, obwohl auch er der Meinung war, daß die „Maschinenelemente für Bauingenieure“ als Pflichtfach sinnlos und im zweiten Semester zu früh (Mechanik!) angesetzt sind.

Die Besucher baten den Professor daraufhin, dann wenigstens keinen Prüfling durchfallen zu lassen. Dazu fehlte Neugebauer aber die nötige Zivilcourage: „Ich muß doch auch welche durchfallen lassen. Wenn niemand durchfällt, ist es keine Prüfung.“

Derart zurechtgewiesen, verlegten sich die Eindringlinge nun ihrerseits darauf, den Ordinarius zu veralbern; Eindringling Cobler: „Wissen Sie, wir würden ja so gern konstruktiv in der Hochschule mitarbeiten, aber unsere Direktiven aus Pankow und Peking lauten halt anders. Was soll man da machen?“

Die Nachprüfung jedenfalls fand zu einem späteren Termin statt. Keiner der Kandidaten fiel durch. Und auch die beiden zunächst Durchgefallenen dürfen es demnächst noch einmal versuchen.

Philosophierte AstA-Wandel angesichts des Beschwerdebriefs: „Was für Reformen eigentlich? Bei der Unterschrift der Normenkontrollklage können wir Neugebauer doch nicht gestört haben, das war doch schon viel früher.“



Hans Leussink, 57, studierte in Dresden Ingenieurwissenschaft. 1937 trat er der NSDAP bei (Mitgliedsnummer 4804923). Ab 1939 arbeitete er als Betriebsleiter am Erdbauinstitut der TH München. 1941 Promotion. Später Gebirgsjäger im Kaukasus. Nach dem Kriege gründete Leussink ein Ingenieur-Büro für Bodenuntersuchungen in Essen. 1954 wurde er Ordinarius für Grundbau, Tunnelbau und Baubetrieb an der TH Karlsruhe. 1958 bis 1961 war er Rektor der Hochschule und 1960

bis 1962 Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK).

Als jahrelanges Mitglied des Wissenschaftsrates wurde er 1965 Präsident dieses Gremiums, bis er 1969 zum Bundesminister für Bildung und Wissenschaft berufen wurde. Wie sein Vorgänger Stoltenberg ist auch Hans Leussink der Firma Krupp und damit der Industrie eng verbunden — er saß bis zu seiner Berufung ins Kabinett im Aufsichtsrat der Firma.

UNFALL

Verlust des Augenlichts

Das kann jeden hart treffen!



Schüler, Studenten, Architekten, Rechtsanwälte, Lehrer, Journalisten könnten trotzdem im Beruf ihren Mann stehen.

Wer tut etwas?

Die **Vereinigung blinder Geistesarbeiter**. Sie hat sich u. a. zur Aufgabe gestellt,

- durch Neuentwicklung von technischen Geräten,
- durch Beiträge zu Spezialoperationen, die manchen Blinden die Sehkraft bis zu 30% wiedergeben,

den blinden „Geistesarbeitern“ den Weg in ihren Beruf zu ermöglichen.

Sie sind dabei!

- wenn Sie der **Vereinigung blinder Geistesarbeiter** als förderndes Mitglied beitreten,
- durch Ihren Beitrag auf das Postscheckkonto Frankfurt/Main 149 949.

Informationsmaterial und unseren Geschäftsbericht senden wir Ihnen gerne. Postkarte genügt:
Verein der blinden Geistesarbeiter Deutschlands e. V.
 355 Marburg/Lahn, Am Schlag 8

OFFENER BRIEF

an die Darmstädter Studentenzeitung

Betr.: Kurzaufsatz „Distanz“ auf Seite 3 der Ausgabe Nr. 105 vom 4. November 1969

Die Distanz zwischen mir und dieser Darmstädter Studentenzeitung muß doch wohl unvermeidlich zunehmen, wenn mir der anonyme Verfasser des Kurzaufsatzes „Distanz“ zumutet, seine fast durchweg unrichtigen Informationen Ernst zu nehmen. Im Gegenteil fühle ich mich durch diesen Beitrag zu energischem Widerspruch herausgefordert. Es ist schlichtweg zumindest als kurzichtig anzusehen, wenn aus einem einzelnen Zufallsereignis, nämlich dem, daß zehn von zehn gemeldeten Prüflingen im Fach Wasserbau die Prüfung am Lehrstuhl für Hydraulik und Hydrologie wählten, der voreilige Schluß gezogen wird, der Lehrstuhl für Wasserbau und Wasserwirtschaft und sein Lehrstuhlinhaber würden nicht das Vertrauen der Studenten genießen. War sich der Schreiber der „Distanz“ eigentlich seiner journalistischen Verantwortung bewußt und hat er nachgeprüft, welcher entsprechende Sachverhalt bei früheren Hauptfachprüfungen vorgelegen hat? Er hätte jedenfalls genau umgekehrte Relationen festgestellt.

Allerdings hätte diese Feststellung wohl nicht ins Konzept gepaßt. Es ist leider modern geworden, daß man Ordinarien gegeneinander auszuspielen versucht. Daß durch diffamierende Angriffe nach Art der „Distanz“ zugleich auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter der betroffenen Lehrstühle in Mitleidenschaft gezogen werden, hat man wohl vergessen in der Eile. Und wohl auch, daß die Darmstädter Studentenzeitung mit derartigen Pamphleten auf das unwürdige Niveau einer gewissen Springer-Presse abzusinken droht. Der Artikel „Distanz“ muß schließlich auch deswegen als völlig fehl am Platze angesehen werden, als seine Unterstel-

lungen alles andere als geeignet sind, die mit den verschiedenen Fachbereichskonzeptionen angestrebte Überwindung von Schranken zwischen fachverwandten Lehrstühlen und Instituten zu fördern. Nach meiner Auffassung ist der Beitrag „Distanz“ absolut unverantwortlich, und ich verwahre mich mit Entschiedenheit und unter Protest gegen die darin vorgebrachten Unterstellungen meinem Kollegen Bassler und seinen Mitarbeitern gegenüber.

R. Schröder
Lehrstuhl für Hydraulik und Hydrologie

KOMMENTAR:

Der Artikel „Distanz“ enthielt nur richtige Informationen:

1. Prof. Bassler stand wegen Steinklauen und Steinwerfen vor Gericht und hat sich dort von dem Maurer distanziert,
2. von den 10 Prüflingen haben alle 10 Prof. Schröder als Prüfer gewählt.

Daß bei früheren Prüfungen mehr Studenten zum Lehrstuhl Bassler gingen, liegt vielleicht daran, daß Prof. Schröder erst vor zwei Jahren auf den Lehrstuhl Hydraulik und Hydrologie berufen worden ist. Das

hat Prof. Schröder „in der Eile wohl vergessen“.

Sollten derartige Artikel zur Folge haben, daß die wissenschaftlichen Mitarbeiter der beiden Lehrstühle „in Mitleidenschaft“ gezogen werden, so spricht das gegen die Ordinarien dieser Lehrstühle — Prof. Bassler ist bei Doktorarbeiten der Schröder-Assistenten Ko-Referent und umgekehrt.

Wir können nichts dafür, wenn Prof. Bassler eine schlechte Vorlesung hält, würden es aber bedauern, wenn Prof. Schröder nun seine Prüfungen verschärfen würde, um die Zahlenverhältnisse auf diesem Wege zu ändern.

Staatsanwalt und Zeuge zugleich

Wolfgang Uchmann, inzwischen Staatsanwalt in Waldshut (Südbaden), trat als Zeuge im Senghor-Prozeß gegen die Angeklagten Günther Amendt, Hans-Jürgen Krahl und Karl-Dietrich Wolff auf. Uchmann war vorher im politischen Dezernat der Frankfurter Staatsanwaltschaft tätig, hatte unter anderem auch gegen die drei jetzt Angeklagten schon Prozesse geführt, hatte außerdem die Ermittlungen im Senghor-Prozeß geleitet und die Anklage erhoben: Uchmann hat sich also selbst als Zeuge geladen.

Rektoramt „Himmelfahrtskommando“

Weil er in der Übernahme des Rektorates ein „Himmelfahrtskommando“ sieht, hat der Direktor des Anatomischen Instituts der Marburger Universität, Pety, seine Kandidatur für die Nachwahl eines Mitglieds des dreiköpfigen Direktoriums zurückgezogen.

„Dazu sind wir nicht bereit!“

Der neue Wissenschaftsminister: Hans Leussink

Das neue SPD-FDP-Kabinett suchte einen neuen Wissenschaftsminister, der nicht gleich zu Beginn große Forderungen stellte. Karl Steinbuch, Professor für Nachrichtentechnik und -verarbeitung an der TH Karlsruhe, Autor des Bestsellers „Falsch programmiert“, wurde gefragt. Doch Steinbuch stellte Forderungen; er wollte grundlegend und umfassend reformieren, und er wollte — noch viel schlimmer — das dazu notwendige Geld. Von Hans Leussink konnte man dagegen den Ausspruch „Es gibt keinen Zweifel: wenn man die Situation sofort gründlich ändern will, bleibt nur der revolutionäre Weg, den zu gehen wir nicht bereit sind.“ So fiel Willy Brandt die Wahl nicht schwer: Leussink wurde Minister im neubenannten Ministerium für Bildung und Wissenschaft. Er hatte bislang als Präsident des Wissenschaftsrates und als ehemaliger Vorsitzender der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) nur die Interessen der Industrie und einiger Professoren vertreten und nicht die Interessen der Hochschule.

Die Entscheidung Brandts, Leussink zum Wissenschaftsminister zu berufen, rief in der Öffentlichkeit, bei Studenten und Assistenten, bei der Gewerkschaft

für Erziehung und Wissenschaft und selbst in den eigenen Reihen der SPD Kritik und Proteste hervor. Das DGB-Vorstandsmitglied Woschek formulierte seine Bedenken in für solche Kreise ungewohnt klarer Ausdrucksweise: „Die neue Regierung sollte sich nicht mit einem Mann belasten, der wie Prof. Leussink für katastrophale Fehlentscheidungen und Mißgriffe der bisherigen Wissenschafts- und Hochschulpolitik mitverantwortlich ist.“ Die Bundesassistentenkonferenz (BAK) sprach ihm das „konzentrierte Mißtrauen aller Wissenschaftler unter 35 aus.“ Auch der bildungspolitische Ausschuß des SPD-Vorstandes entschied sich gegen Leussink, hier hätte man lieber den Berliner Schulsenator Evers als neuen Wissenschaftsminister gesehen. Außerdem empfahl der Vorsitzende des Ausschusses, Rau, den Bundeskanzler, sich die Wahl Leussinks noch einmal zu überlegen. Doch Brandt hatte schon beschlossen.

Vom Regen in die Traufe: Vom Atomministerium zum Ministerium für Bildung und Wissenschaft, von Franz Joseph Strauß über Siegfried Balke (siehe dazu Bericht auf Seite 3), Hans Lenz und Gerhard Stoltenberg zu Hans Leussink.

Die „darmstädter studentenzeitung“ erscheint zwölfmal im Jahr (vierzehntägig im Semester). Herausgeber und Verleger: Studentenschaft der TH Darmstadt (Körperschaft des öffentlichen Rechts), 61 Darmstadt, Hochschulstraße 1, Tel. 16 25 17. Verantwortlich: W. Straub. Verkaufspreis: DM 0,40, Hochschulangehörige DM 0,10; Jahresabonnement incl. Postzeitungsversand DM 6,00, (Ausland DM 7,70). Konto: Dresdner Bank Darmstadt 31240. Anzeigen: Jan Kettmann, 61 Darmstadt, Rheinstraße 67, Tel. 8 55 43. Satz und Druck: Ph. Reinheimer, Darmstadt. Nachdruck — auch auszugsweise — nur mit Genehmigung der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Bücher und Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

EXCLUSIV TOBACCO

kostenlos probieren!

„Kleine Tabakbar“ mit sechs Pfeifenfüllungen kommt gratis zu Ihnen.

Diesen Gutschein senden an:

EXCLUSIV TOBACCO

83 Landslut, Postfach 568 b

Fehlleistung

In einer Fakultät ist das „Darmstädter Modell“ schon tot: bei den Maschinenbauern. Es ist verblüffend, mit welcher Leichtigkeit und Ignoranz dieselben Ordinarien, die dem HUG-Entwurf Schüttes nicht zu widersprechen wagten („Wenn das Gesetz ist, sind wir als Beamte daran gebunden“) nun den gesetzkräftigen Genehmigungserlaß der Satzungsänderungen mißachten. Und ein Teil der Assistenten läuft — eingedenk ihrer totalen Abhängigkeit — auch noch hinterher.

Wie die Maschinenbauprofessoren sich nun eine arbeitsfähige Fakultät vorstellen, kann man einem kürzlich verteilten Papier „Gedanken zu einer Fakultätsstruktur“ entnehmen. Dem Fakultätsrat gehören dort an: alle Lehrstuhlinhaber, 2-3 Vertreter der übrigen Hochschullehrer, 3-4 wissenschaftliche Mitarbeiter, 2-3 Studenten und 1-2 nichtwissenschaftliche Mitarbeiter. Beschlüsse werden grundsätzlich mit Zweidrittel-Mehrheit gefaßt. Begründung: „Damit die anderen Gruppen nicht überstimmt werden können“ (!). Wie schön.

Warum das so sein muß, geht aus den ganz vorn unter „Grundsätzliches“ formulierten Essentials hervor: „Die Hochschullehrer einer Fakultät dürfen in ihrer Gesamtheit nicht majorisiert werden können“. Sie wollen also überzeugt sein. Bei den übrigen Gruppen

MB-Assistenten gegen neue Fakultätssatzung

Die Nicht-Habilitierten der Fakultät Maschinenbau haben in einer Sitzung am 11. November beschlossen, das vom Kultusminister bis zur Etablierung einer arbeitsfähigen Engeren Fakultät vorgeschriebene Übergangskomitee

Der Assistent Dräger hatte ein Papier vorgelegt, in dem festgestellt wurde, daß die Fakultät im Moment nicht arbeitsfähig sei. Für diesen bedauerlichen Zustand sei nur eine Gruppe in der Fakultät (nämlich die Professoren) verantwortlich. Alle Gruppen wurden aufgefordert, die Fakultät dadurch wieder handlungsfähig zu machen, daß sie wenigstens ihre Vertreter für das Komitee benennen sollten.



Professor Pahl

Obwohl die Assistenten ihre Vertreter für dieses Gremium schon längst gewählt hatten, entwickelte sich eine lang dauernde Debatte um diese Vorlage, an der auch die anwesenden Professoren Pahl und Wazelt teilnahmen. Pahl gab zu verstehen, daß die Professoren in einer drittel-paritätisch besetzten Fakultät keinesfalls mitarbeiten würden.

Die anwesenden Assistenten zeigten sich von der Stimme ihrer Herrn so beeindruckt, daß ein Antrag auf Nichtbefassung, eingebracht von ihrem Vorsitzenden Sälzer, mit 22 zu 12 Stimmen (Nichthabilitierte der Fakultät: etwa 120) angenommen wurde. Vertreter für die Weitere Fakultät zu wählen lehnte man gleich darauf ebenfalls ab.

Sälzer hat nun offensichtlich die Absicht, in einem von den Professoren angebotenen „Beratungsgremien“ für den zu erwartenden Staatskommissar (als Ersatz für den zurückgetretenen Dekan) mitzuarbeiten. Dieses Gremium (ohne Beschlußkompetenzen) soll so besetzt werden, wie es das HUG wahrscheinlich für die Fakultäten vorschreiben wird: 5:3:2.

PRÜFUNGEN: MANGELHAFT

So gute Noten wie im Frühjahr werde es im Herbst nicht geben, versprach Prof. Wedekind (KuSt) den Prüflingen in „Industrie-Betriebslehre“, und was soll man sagen: obwohl er die Qualität seiner Prüflinge im voraus nicht kennen konnte, behielt er recht.

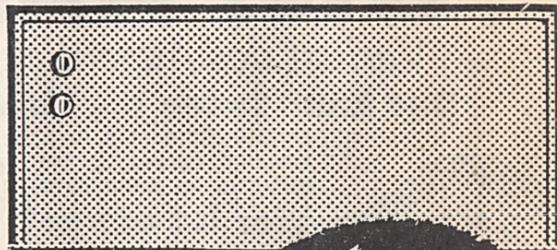
antwortet, aber die seien ja auch so einfach gewesen — und gab ihm eine Vier minus.

„Die Klausuren liegen im Interesse der Studenten, denn sie geben ihnen die Möglichkeit, ihren Wissensstand zu überprüfen.“ Prof. Hafner bei der Erzählung eines Ammenmärchens.

Als derselbe Prüfling sich später über diese seltsame Begründung beschwerte und unter anderem auf seine sehr gut benotete Studienarbeit in diesem Fach hinwies, zeigte sich Prof. Wittgen überrascht, meinte, das hätte er freilich vor der Prüfung wissen müssen, dann wäre die Note anders ausgefallen, und setzte einen Wiederholungstermin für die Prüfung an.

Als der Prüfling in „Allgemeiner Betriebswirtschaftslehre“ gleich die erste Frage nicht beantworten konnte, wußte Prof. Wittgen, was er von ihm zu halten hatte, stellte noch ein paar einfache Fragen, sprach zum Schluß: viel habe der Prüfling nicht geboten, die restlichen Fragen habe er zwar be-

„Ja, guter Mann, glauben Sie denn, ich sei didaktisch geschult worden?“ Forscher und Lehrer Hafner auf die Frage, ob man die Assistenten, die in der Fakultät Chemie einen Großteil der Lehre tragen und auch die Noten des Vordiploms entscheidend beeinflussen, nicht für diese Aufgabe entsprechend schulen sollte.



behaglich
warm
und sooo
bequem



hat man's mit der modernen

Elektro-Speicher-Heizung

Die Aufladung der Geräte erfolgt mit billigem Strom nachts und auch am Tage. Die Wärme wird im Kern gespeichert und je nach Bedarf vollkommen automatisch.



HESSISCHE ELEKTRIZITÄTS-AG

Angeklagter ausgesperrt

Im Bonner Demonstranten-Prozeß wegen Landfriedensbruch, Rädelführerschaft und Aufruhr gegen Hannes Heer und Bernhelm Boos — sie hatten mitgeholfen, die 150-Jahr-Feier der Universität Bonn zu stören — hatte der Landgerichtsdirektor Quirini die Verlegung der Verhandlung in einen größeren Saal abgelehnt. Stattdessen wurden Platz-

karten ausgegeben. 35 Studenten durften in den kleinen Raum. Der Angeklagte Hannes Heer hatte keine Platzkarte. Die Polizei verbot ihm den Zutritt. Die Genossen entführten daraufhin Heer und weigerten sich, ihn herauszurücken. Quirini trennte kurzerhand das Verfahren gegen Heer ab und führt den Prozeß gegen Boos allein weiter.

Gratispöbchen - Plinio - Berlin 01

Wellauer's English Blend ist reich an tabakem: syrischen, turkischen, Peruanischen, indonesischen, einer klassischen englischen Mischung

ENGLISH BLEND

WELLAUER 3.50 DM

ST. GALLEN - Deutsche Lizenz

sieht das anders aus: sie sollen nur so vertreten sein, daß „deren Anliegen und Argumente bezüglich der Lehre und Forschung jederzeit und überall berücksichtigt werden können“. Und wenn es tatsächlich Interessenkonflikte geben sollte, dann haben halt die Ordinarien recht.

Das Schönste aber steht schon ganz am Anfang: „Sie (die Fakultät) bekennt sich zum Leistungsprinzip für Lehrende und Lernende“. Schade, daß das nicht schon eingeführt ist. Dann könnte man die Väter dieses Papiers (denen dem Vernehmen nach Exrektor Schultz (KuSt) Formulierungshilfe gegeben haben soll) wegen dieser Fehlleistung allesamt zwangsexmatrikulieren.

PROF. DR. SCHLUNZ:

ICH BIN JA GARNICHT SO.	FRAGEN SIE NUR MAL MEINE ASSISTENTEN.	SCHLIESSLICH WAR ICH SELBST STUDENT.	ABER WENN ICH DAS SCHON HÖRE:	MITBESTIMMUNG! SELBSTBESTIMMUNG!!	DEMOKRATISIERUNG DER WISSENSCHAFT
ICH TRAGE DIE VERANTWORTUNG.	UND DIE LASSE ICH MIR NICHT NEHMEN.	ES GEHT UM SACHLICHE PROBLEME.	DAS HAT NICHTS MIT DEMOKRATIE ZU TUN.	WIE SONST WÄRE ICH...	... PROFESSOR ?